LpB MECKLENBURG - VORPOMMERN
Landeszentrale für politische Bildung

Mecklenburg Vorpommern
MV tut gut.

# Landesprogramm DEMOKRATIE & TOLERANZ gemeinsam stärken!

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

die Stärkung von Demokratie, Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz und die Prävention von Extremismus, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt sind wichtige Ziele der Arbeit der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern. Daher ist unser Landesprogramm *„Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!"* seit 2006 der gemeinsame Rahmen für alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern – unabhängig von Alter, Geschlecht und Herkunft –, die sich in ihrem Umfeld für die Demokratie und das Gemeinwesen engagieren wollen. Dieses Landesprogramm wurde nun fortgeschrieben und wie in der Vergangenheit wird das Landesprogramm durch eine große Mehrheit der Fraktionen im Landtag getragen.

Kernanliegen des Programms ist die Förderung einer selbstbewussten und offenen, demokratischen Gesellschaft, die im Rahmen der öffentlichen Debatte unterschiedliche Ansichten austauscht und Perspektiven für die Zukunft entwickelt. Ein erfolgreiches Vorgehen gegen extremistische Tendenzen kann nur gemeinsam gelingen. Insbesondere die Menschen, die sich vor Ort – zum Beispiel in der Familie, in der Kita, in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Freizeit – für unsere Demokratie einsetzen, müssen gestärkt werden.

Deshalb unterstützt das Landesprogramm Personen, Initiativen oder Kommunen mit einem umfangreichen Beratungsangebot und stellt sicher, dass Menschen in ihrem Engagement gegen rechtsextreme und andere demokratiefeindliche Bestrebungen sowie Opfer extremistischer Gewalt nicht allein gelassen werden. Oft fängt das Nachdenken über Demokratie im Kleinen an. Haben Sie schon einmal überlegt, sich ehrenamtlich zu engagieren? Vielleicht wünschen Sie sich mehr Mitsprache bei dem Bau des Spielplatzes bei Ihnen um die Ecke? Oder Ihnen fallen Äußerungen auf, die sich gegen Minderheiten richten? Die erste Reaktion ist häufig: Ich will aktiv werden! Die zweite Reaktion ist dann aber oft Ratlosigkeit: was kann ich tun? Wenn jemand hier Rat und Unterstützung findet und weitermacht, nachdenkt, etwas unternimmt, vielleicht gemeinsam mit anderen, dann ist auch unsere demokratische Gesellschaft insgesamt ein Stück stärker geworden. Menschen dabei zu unterstützen, ist das Ziel unseres Landesprogramms *„Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!"*.

Ich danke allen, die sich für unsere Demokratie und unsere offene Gesellschaft einsetzen. Das Landesprogramm soll Ihnen dabei eine Unterstützung sein.

***Bettina Martin***
*Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern*

*Foto © Ute Grabowsky, photothek.de*

# INHALT


1
LEITBILD 6

2
AUSGANGSLAGE 8

3
AUFGABENFELDER 11

3.1
BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT 12

3.2
FAMILIE 14

3.3
SCHULE 16

3.4
JUGENDARBEIT 18

3.5
HOCHSCHULE 19

3.6
KULTUR UND SPORT 20

3.7
MEDIENKOMPETENZ 22

3.8
PARTEIEN 23

3.9
KIRCHE, RELIGIONS- UND WELTANSCHAUUNGSGEMEINSCHAFTEN 24

3.10
ARBEIT UND WIRTSCHAFT 25

3.11
POLIZEI, JUSTIZ, ORDNUNGS- UND SICHERHEITSBEHÖRDEN 26

4
UMSETZUNG UND QUALITATIVE WEITERENTWICKLUNG DES LANDESPROGRAMMS 28

IMPRESSUM 30

# 1 LEITBILD

Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich in seiner Verfassung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie verpflichtet uns, die Würde aller in diesem Land lebenden oder sich hier aufhaltenden Menschen zu achten und zu schützen. Die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte sowie der demokratischen Prinzipien ist unabdingbar. Demokratie lebt von der Wertschätzung jedes einzelnen Menschen und der daraus resultierenden Vielfalt menschlichen Lebens. Unsere offene Gesellschaft ist gekennzeichnet durch einen Pluralismus von Interessen, Lebensentwürfen, Kulturen und Meinungen sowie durch die Toleranz, diese Vielfalt nicht nur auszuhalten, sondern auch zu gestalten. Dies bedeutet die streitige, aber respektvolle, geregelte und friedliche Austragung von damit einhergehenden Konflikten. Eine notwendige Voraussetzung hierfür ist neben den funktionierenden demokratischen Institutionen vor allem eine gesellschaftlich fest verankerte demokratische politische Kultur.

Alle Demokratinnen und Demokraten sind dazu verpflichtet, die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung gegen Feinde zu schützen und zu sichern.

Maßnahmen gegen Extremismus, Rassismus und Gewalt müssen dort ansetzen, wo Demokratie abgelehnt wird und Toleranz nicht vorhanden ist.

Im Jahr 2006 verabschiedeten die damals im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vertretenen Fraktionen das Landesprogramm *„Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“*, das seitdem von allen demokratischen Parteien mitgetragen wurde. Es bildete den Rahmen für ein koordiniertes und weit in die Gesellschaft reichendes Engagement für die Stärkung von Demokratie und Toleranz in unserem Land.

Mit dem Landesprogramm *„Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“* wird das Ziel unterstützt, die offene und plurale Gesellschaft zu stärken. Leitbild sind die mündigen Bürgerinnen und Bürger, die für sich und für andere Verantwortung übernehmen sowie die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, die ihr Handeln stets auch hinsichtlich der Auswirkungen auf das demokratische Gemeinwesen überprüfen. Unsere Demokratie bleibt nur dann lebendig, wenn die Bürgerinnen und Bürger befähigt und gewillt sind, an der demokratischen Willensbildung teilzunehmen. Hierfür müssen demokratische Grundwerte und ein Verständnis von politischen Prozessen kontinuierlich vermittelt sowie ein nachhaltiges Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Institutionen, Verfahren und Prinzipien gestärkt werden. Demokratie basiert auf einem rationalen Austausch von Argumenten. Dafür müssen komplizierte politische Prozesse und Sachverhalte differenziert und faktenbasiert betrachtet werden. Politisches Engagement benötigt darüber hinaus angemessene Rahmenbedingungen.

Für den Zusammenhalt in unserer offenen und freiheitlichen Gesellschaft ist das Gelingen der Integration von Zugewanderten entscheidend. Sie ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Sowohl die Zugewanderten als auch die aufnehmende Gesellschaft müssen dafür ihren Beitrag leisten.

Das Landesprogramm tritt jeglicher Form von demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Haltungen, Bestrebungen und Strukturen entschieden entgegen. Jede Form von Extremismus und Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele wird abgelehnt. In dieser Auseinandersetzung dürfen jedoch demokratische Rechte und Grundsätze nicht aufgegeben werden.

Aufgrund ihres rassistischen, antisemitischen, fremdenfeindlichen, antidemokratischen und nationalistischen Weltbildes stellen rechtsextremistische Parteien und Organisationen sowie entsprechende Haltungen in Mecklenburg-Vorpommern gegenwärtig die größte Herausforderung für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde dar.

Darüber hinaus gehen vom Islamismus und Linksextremismus weitere zum Teil erhebliche Gefahren für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung aus. Mit diesen Bedrohungen unserer Gesellschaftsordnung bedarf es einer gleichermaßen konsequenten Auseinandersetzung. Generell ist zu konstatieren, dass sich die demokratiegefährdenden Phänomene ausdifferenziert haben und vielschichtiger geworden sind.

Antidemokratische und diskriminierende Einstellungen und Haltungen finden sich in allen sozialen Bevölkerungsgruppen. Die Infragestellung rechtsstaatlicher Grundsätze und demokratischer Spielregeln ist ein Angriff auf unsere Verfassungsordnung und darf nicht folgenlos bleiben. Gewalt gegen Menschen, Organisationen und Vereine sowie den Staat und seine Repräsentantinnen und Repräsentanten muss, egal in welcher Form, als Angriff gegen die Demokratie unmissverständlich verurteilt und sanktioniert werden. Der Staat steht in der Verpflichtung, seine Bevölkerung und die Verfassungsordnung dagegen entschlossen zu schützen. Opfer jeglicher Gewalt können sich in Mecklenburg-Vorpommern auf die Solidarität und Unterstützung der Gesellschaft verlassen.

Demokratiefeindliche Ideologien können umso stärker gedeihen, je brüchiger die Bindung an das demokratische Gemeinwesen ist und je schwieriger sich individuelle Lebensbedingungen gestalten. Die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Bestrebungen kann daher nur gelingen, wenn die Identifikation der Bevölkerung mit dem demokratischen Gemeinwesen gestärkt wird und gleichzeitig stabile Lebensverhältnisse gesichert sind.

Der Schutz der demokratischen Grundrechte und die Stärkung demokratischer Strukturen werden als eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe verstanden, die von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen und in allen Politikfeldern umgesetzt werden muss. Das Landesprogramm *„Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“* richtet sich deshalb an alle gesellschaftlichen Akteure: an Politikerinnen und Politiker der Kommunen und des Landes, an politische Parteien, an Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, an Vereine und Verbände, an Institutionen aus den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Kultur, Sport und Wissenschaft sowie an alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht und sozialer Gruppe, die sich in ihrem Umfeld für die Demokratie und das Gemeinwesen engagieren wollen. Es richtet sich in besonderer Weise an die Beschäftigten öffentlicher Verwaltungen, die durch ihre Arbeit maßgeblich zum Vertrauen der Menschen in die Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen und zur Akzeptanz von rechtsstaatlichen Verfahren und damit zur Demokratie insgesamt beitragen.

Das Landesprogramm ist die Grundlage für Maßnahmen und Aktivitäten, die den Zusammenhalt in unserer pluralen Gesellschaft stärken, das Verständnis für demokratische Prozesse fördern, Menschen in das Gemeinwesen einbinden sowie antidemokratischen Bestrebungen begegnen. Hierbei werden Ansätze der Prävention, Intervention und Repression eng miteinander verknüpft. Die Orientierung an den persönlichen Interessen, Fähigkeiten und Bedürfnissen der Menschen sowie Inklusion und Gender Mainstreaming sind Leitprinzipien dieses Programms. Alle Vorhaben und Maßnahmen sollten daraufhin geprüft werden, welche Wirkung sie auf demokratische Prozesse haben und inwieweit sie das demokratische Miteinander beeinflussen.

Das Landesprogramm versteht sich als Selbstverpflichtung des Parlaments und der einzelnen Abgeordneten. Es formuliert klare Erwartungen an die Landes- und Kommunalverwaltungen und fordert diese und alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern auf, sich an der Erreichung der Ziele des Programms aktiv zu beteiligen.

# 2 AUSGANGSLAGE

In Mecklenburg-Vorpommern bleibt der politische Extremismus weiterhin eine zentrale Herausforderung für den demokratischen Rechtsstaat.

Die bisher verfolgte Strategie des Landes hat sich auf die Zurückdrängung rechtsextremistischer Bestrebungen konzentriert. Die aktuelle Entwicklung zeigt jedoch, dass unsere freiheitliche demokratische Grundordnung vielfältigen Angriffen aus allen Extremismusfeldern ausgesetzt ist, denen begegnet werden muss. Neben rechts- und linksextremistischen Gruppierungen sowie national oder religiös motivierten Extremistinnen und Extremisten gilt dies auch für weitere Phänomene wie zum Beispiel die sogenannten „Reichsbürger und Selbstverwalter". Dabei bleibt der Rechtsextremismus unabhängig von ausbleibenden Wahlerfolgen und dem damit verbundenen Rückgang der politischen Einflussmöglichkeiten Schwerpunkt extremistischer Aktivitäten im Land. Die Szene verfügt über ein stabiles Personenpotenzial und kann mit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands und der Kameradschaftsszene auf eine funktionierende Struktur zurückgreifen. Besorgniserregend ist die weiterhin hohe Gewaltbereitschaft. Ziel der Gewalttaten sind überwiegend Menschen mit Migrationshintergrund. Dabei begünstigen Hasskommentare im Internet ein Klima der Aggression und Gewalt gegen Zugewanderte.

Bei den Protesten gegen Geflüchtete ist eine Entwicklung zu beobachten, die die Notwendigkeit einer gesamtgesellschaftlichen Strategie gegen den Rechtsextremismus noch einmal unterstreicht. Im Rahmen asylfeindlicher Demonstrationen kam es nicht selten zu einer Mischung von Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten und Menschen ohne einen erkennbar extremistischen Hintergrund. An dieser Schnittstelle bewegen sich auch neue Strömungen, die zwar eine Nähe zum nationalsozialistischen Gedankengut ablehnen, um ihre Anschlussfähigkeit zu erhöhen, aber zugleich antidemokratische Tendenzen erkennen lassen.

Ebenso wie der Rechtsextremismus stehen der islamistische Extremismus und der Linksextremismus in klarem Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dem begegnet die Landesregierung gleichermaßen entschlossen.

Der islamistische Extremismus richtet sich gegen westliche Wert- und Ordnungsvorstellungen und erhebt einen totalitären Machtanspruch. In diesem Spektrum gilt der Salafismus als besonders rückwärtsgewandte und teils gewaltbereite Form des Islams. Dieser ist bundesweit die zurzeit dynamischste islamistische Bewegung, die von Jahr zu Jahr wächst und auch in Mecklenburg-Vorpommern weiteren Zulauf hat. Hier stellt sich Mecklenburg-Vorpommern der Herausforderung und entwickelt eine angemessene Präventionsstrategie, die Integration, Prävention und Intervention verbindet und sich an den Erfahrungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus orientiert. Die bundesweit größte Herausforderung für die Sicherheitsbehörden bleibt der islamistische Terrorismus. Die Anschläge in Deutschland und in den europäischen Nachbarländern haben in der Bevölkerung große Verunsicherung ausgelöst. In der Folge müssen Schutzmaßnahmen für Großveranstaltungen ergriffen werden, die als sichtbares Zeichen für die Einschränkung der persönlichen Freiheit wahrgenommen werden.

Die Auseinandersetzung mit linksextremistischen Aktivitäten muss konsequent geführt und mit entsprechenden Maßnahmen begleitet werden. Dies gilt nicht nur bei Gewalttaten gegenüber politisch Andersdenkenden oder Einschüchterungsversuchen gegen Menschen, etwa im wissenschaftlichen Raum, oder auch bei der Gewalt gegen die Polizei. Hierbei darf nicht übersehen werden, dass auch Linksextremistinnen und Linksextremisten unsere demokratische Gesellschaft beseitigen und an deren Stelle ein totalitäres System setzen wollen.

Akteure der demokratischen Zivilgesellschaft sollten sich klar von jeglichem Extremismus abgrenzen.

Neben extremistischen Gefährdungen gibt es weitere Herausforderungen unserer demokratischen politischen Kultur.

Die zunehmende Ausdifferenzierung der Lebensverhältnisse, die Globalisierung, die Digitalisierung und die damit verbundenen Veränderungen in der Arbeits- und Lebenswelt haben Einfluss auf die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten und die Bindung der Menschen an das demokratische Gemeinwesen.

Viele Menschen engagieren sich in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld und gestalten dieses. Die Bereitschaft, sich aktiv an demokratischen Meinungsbildungs- und Aushandlungsprozessen zu beteiligen, ist im Gegensatz dazu jedoch gering. Auch die Streit- und Kompromisskultur ist relativ wenig entwickelt.

Ebenso wie in der gesamten Bundesrepublik ist auch in Mecklenburg-Vorpommern spürbar, dass sich Teile der Bevölkerung weniger an politischen Prozessen und Wahlen beteiligen und die Bereitschaft nachlässt, sich in gesellschaftlich relevanten Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften und Kirchen zu engagieren sowie in politischen Gremien Verantwortung zu übernehmen. Die Demokratie als Staatsform findet in der Bevölkerung zwar eine große Zustimmung, allerdings verbergen sich dahinter häufig ganz unterschiedliche Vorstellungen über das politische System. Hieraus entstehen oftmals übersteigerte oder gar falsche Erwartungen an die Politik, die nicht selten in Enttäuschungen oder Frustration münden.

Zu beobachten ist auch, dass politische Prozesse und Sachverhalte verkürzt und undifferenziert dargestellt werden. Es ist ein verfestigtes Desinteresse an Politik und Demokratie festzustellen, das sich teilweise in Ablehnung und Wut ausdrückt. Dabei stehen sich gesellschaftliche und politische Auffassungen in konfrontativer Weise gegenüber. Dies zeigt sich nicht nur im Internet, wo es ein neues Niveau an Beschimpfung und Verletzung gibt, sondern auch in der Bedrohung ehrenamtlich engagierter Menschen.

Ungeachtet der genannten Herausforderungen engagieren sich viele Menschen in ihrem Lebensumfeld und nehmen dessen Gestaltung in die eigenen Hände. Mehr als 40 Prozent der Menschen ab 14 Jahren engagieren sich freiwillig in unterschiedlichen Bereichen. Damit belegt Mecklenburg-Vorpommern Platz eins in Ostdeutschland. Zudem kann in vielen Städten und Gemeinden ein deutliches Ansteigen des bürgerschaftlichen Engagements für ein demokratisches Miteinander und auch gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit festgestellt werden. Das große zivilgesellschaftliche Engagement bei der Aufnahme der geflüchteten Menschen in den Jahren 2015 und 2016 ist hierfür nur ein Indiz. Dazu hat die Zusammenarbeit und Förderung im Rahmen des Landesprogramms *„Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“* entscheidend beigetragen.

Bei Entscheidungsprozessen in den Kommunen erleben Menschen Demokratie ganz unmittelbar. Städte und Gemeinden haben sich aufgemacht und etablieren eine öffentliche politische Streitkultur und bessere Beteiligungsmöglichkeiten, beispielsweise bei Fragen der Stadtplanung. Insbesondere in den Kommunen mit Partnerschaften für Demokratie werden durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finanzielle Ressourcen bereitgestellt und Entwicklungen vorangetrieben. Dies ist ein anhaltender und langwieriger Prozess, bei dem die Kommunen unter anderem durch die Regionalzentren für demokratische Kultur unterstützt werden. Es gibt aber auch Kommunalverwaltungen, die nach wie vor ohne Einbeziehung der Menschen mit geringer Transparenz agieren. Dem stehen zum Teil Einwohnerinnen und Einwohner gegenüber, die demokratisch getroffene Entscheidungen von Kommunalvertretungen als illegitim ansehen. Die kommunalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Verwaltungen tragen auch deshalb eine hohe Verantwortung, Prozesse so transparent und offen zu gestalten, dass die Bevölkerung diese nachvollziehen und ihre Interessen frühzeitig einbringen kann.

Seit der Verabschiedung des Landesprogramms im Jahr 2006 engagieren sich immer mehr Vereine, Initiativen und Einrichtungen in allen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns für ein friedliches Miteinander und setzen sich mit demokratiefeindlichen Aktivitäten auseinander. Dazu gehören Verbände und Vereine, die sich zum Beispiel in den Bereichen Sport, Kultur, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, Senioren-, Frauen- oder Jugendarbeit engagieren, ebenso wie die zahlreichen Eigeninitiativen engagierter Menschen. Ihnen stehen mit den Projekten des landesweiten Beratungsnetzwerkes kompetente und gut vernetzte Beratungs- und Unterstützungsstrukturen zur Verfügung.

3

# AUFGABENFELDER